



„Jede Stimme für die Linke ist eine verschenkte Stimme“

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier spricht im BNN-Interview über die Lage der SPD, Steuersenkungen und die Krise

BNN-Interview

Karlsruhe. Noch sei alles offen, viele Menschen hätten sich noch nicht auf eine Wahlentscheidung festgelegt, meint Frank-Walter Steinmeier. Und deshalb mache ihm der Wahlkampf auch richtig Freude. Nach seinem Auftritt auf dem Karlsruher Marktplatz sprach der SPD-Kanzlerkandidat mit BNN-Redaktionsleiter Klaus Gaßner.

Herr Steinmeier, zuerst war es die Europawahl, dann waren es die Landtagswahlen, die zum Aufbruch für die SPD werden sollten. Aber die SPD kommt nicht von der Stelle. Weit ab von der Marke 30 Prozent stellt sich die Frage: Ist die SPD noch eine echte Volkspartei?

Steinmeier: Selbstverständlich ist die SPD eine Volkspartei. Ob eine Partei eine Volkspartei ist, hängt nicht von Prozenten ab, sondern vom politischen Anspruch. Eine Volkspartei deckt die gesamte Palette der politischen Themen ab. Sie vertritt alle sozialen Schichten, Einkommens- und Altersgruppen in der Bevölkerung und in der Gesellschaft. Eine Volkspartei vertritt nicht nur die speziellen Interessen einzelner Gruppen und fühlt sich auch nicht nur für ein Thema zuständig, sondern erhebt einen umfassenden Anspruch auf politische Gestaltung. Diesen Anspruch wird die SPD niemals aufgeben.

Wer links wählen will, der hat jetzt zwei Optionen – und immer mehr Wähler entscheiden sich gegen die SPD und für die Linkspartei. Welche Fehler haben zu dieser Entwicklung geführt?

Steinmeier: Sie täuschen sich. Wer links wählen will, muss wissen, dass eine Stimme für die Linkspartei eine verschenkte Stimme ist. Das werde ich im Wahlkampf sehr deutlich machen.

Aber klar ist: Der Weg zur Kanzlerschaft für die SPD führt nur über die Linkspartei. Was spricht gegen eine Koalition?

Steinmeier: Ich schließe es definitiv aus, dass es eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf der Bundesebene geben wird. Die Linke ist populistisch und anti-europäisch. Mit ihr ist eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik nicht zu machen, sie ist nicht regierungsfähig.

... aber für die Länder gilt das nicht?

Steinmeier: Für die Bundesländer gibt es in der SPD eine klare Regelung: Ob in einem Bundesland eine Zusammenarbeit möglich ist, entscheiden die jeweiligen SPD-Landesverbände.

Die SPD steckt in Thüringen und im Saarland im Dilemma: Bindet sie sich an die Linkspartei, wird sie weiter ausgezehrt. Bindet sie sich nicht an die Linkspartei, kann sie nicht mitregieren.

Steinmeier: Ihre Einschätzung ist falsch. Die SPD hat in Thüringen und im Saarland wichtige Erfolge erzielt. Ohne die SPD kann es weder in Thüringen noch im Saarland Regierungsbildungen geben. Die CDU hat deutliche Verluste hinnehmen müssen, die Ministerpräsidenten Althaus und Müller haben ihre absoluten Mehrheiten verloren. Es ist deutlich geworden: Die Menschen wollen nicht Schwarz-Gelb.

Sie warnen vor Schwarz-Gelb – aber mal ehrlich: Der Name Merkel steht nicht gerade für soziale Ungerechtigkeiten. Weit eher wird doch die SPD als Architekt der Hartz-Gesetzgebung verantwortlich gemacht ...

Steinmeier: Die Blaupause für Schwarz-Gelb ist das Geheimpapier von Gutenberg. Schwarz-Gelb stünde für Steuerentlastungen für höchste Einkommen, eine höhere Mehrwertsteuer, die Einschränkung des Kündigungsschutzes. Mit Schwarz-Gelb gäbe es weniger Mindestlöhne. Schwarz-Gelb würde die Arbeitnehmerrechte schleifen. Die Menschen verstehen, dass es im Jahre 2004/2005 unsozial gewesen wäre, wenn wir es bei fünf Millionen Arbeitslosen belassen hätten. Was wir an Sicherheit in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung erreicht hatten, wäre so zerstört worden. Aus diesem Grund haben wir alles getan, um die hohe Arbeitslosigkeit von fünf Millionen zu beseitigen. Vor einem Jahr waren wir immerhin bei drei Millionen. Guido Westerwelle verlangt ein höheres Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger – dennoch warnen Sie, dass die FDP die CDU in einer schwarz-gelben Koalition in Richtung Marktradikale trimmen wird. Das ist doch nicht begründet?

Steinmeier: Die SPD wird noch vor der Bundestagswahl einen Gesetzesentwurf vorlegen, der alle Ersparnisse, die zu einer unwiderruflichen Zusatzrente bei Pflegebeginn führen, zum Schonvermögen hinzurechnet. Das reicht viel weiter, als die wahlkampfaktischen Vorschläge der FDP, die so nur ihre unsozialen Pläne kaschieren will. Mir klingen noch die jahrelangen Rufe der FDP nach einem entfesselten Markt in den Ohren – nun will ebendiese Partei keine Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen. Die FDP will Steuerentlastungen in Höhe

von 80 Milliarden Euro. Das klingt erstmal schön, die Zeche hierfür zahlen aber die Arbeitnehmer – die höchsten Einkommen werden entlastet. Die konkreten Pläne der FDP bedeuten: Abbau von Kündigungsschutz in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten – 3,6 Millionen Beschäftigte verlieren so den Kündigungsschutz. Das schafft keine neuen Jobs, das zerstört den sozialen Frieden.

Aber Sie selbst könnten auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen sein – wie will die SPD die Liberalen einbinden?

Steinmeier: Ich führe keinen Koalitionswahlkampf. Ich will die SPD so stark wie möglich machen. Am liebsten mit den Grünen. Aber jetzt werden wir erst mal abwarten, wie die Wähler entscheiden.

Sie betonen, dass Sie im Wahlkampf auf Inhalte setzen statt auf „Castingshows“. Also kurz und knapp: Welche Steuern steigen unter einem Kanzler Steinmeier?

Steinmeier: In der Steuerpolitik haben wir in unserem Regierungsprogramm klare Festlegungen getroffen. Wir wollen keine Steuererhöhung, denn die würde jetzt die wirtschaftliche Erholung gefährden. Wir sagen aber auch: Zur Finanzierung von besserer Bildung wollen wir einen Bildungssoli für hohe Einkommen und wir sind für eine Börsenumsatzsteuer. Diejenigen, die an der Börse riesige Gewinne machen, müssen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Was wird aus der Mehrwertsteuer?

Steinmeier: Ich bin entschieden gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Wird es eine Pkw-Maut geben?

Steinmeier: Ich bin gegen die Einführung einer Pkw-Maut.

Wieviel Arbeitsplätze schafft ein Kanzler Steinmeier in der nächsten Legislaturperiode?

Steinmeier: Politik sollte nichts versprechen, was sie nicht halten kann. Politik selbst schafft keine Arbeitsplätze. Aber Politik kann die richtigen Bedingungen schaffen, damit in den Unternehmen neue Arbeitsplätze entstehen. Genau das habe ich in meinem Deutschlandplan beschrieben.

Darin versprechen Sie Vollbeschäftigung und vier Millionen neue Arbeitsplätze bis 2020. Nun ist die SPD seit 1998 in der Regierung – wieso kommt der Plan erst jetzt?

Steinmeier: Auch Sie erinnern sich doch, dass wir vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, vor der Pleite von Lehman Brothers schon sehr weit gekommen waren. Im Wesentlichen durch die von Rot-Grün beschlossene Agenda 2010 hatten wir die Arbeitslosigkeit auf drei Millionen verringert und für den Bundeshaushalt war ein Verzicht auf Neuverschuldung greifbar. Die tiefe Wirtschaftskrise hat uns zurückgeworfen. Darauf habe ich mit dem Deutschlandplan reagiert.

Die angekündigte Bildungsoffensive kostet, die Arbeitsmarktpolitik ist teuer, außenpolitisch kommen mehr Aufgaben auf die Bundesrepublik zu. Das alles verlangt seinen Preis: Gibt es auch Steinmeier-Ideen für Einsparungen?

Steinmeier: Die teuerste Alternative wäre gewesen, nichts zu tun. Es gab ja genügend Empfehlungen dafür. Dann wären wir jetzt schon bei 4,5 Millionen Arbeitslosen. Die kluge Kombination von maßgeschneiderten Konjunkturimpulsen und Begrenzung der Neuverschuldung zeigt doch, dass wir gerade keine „Nach-uns-die-Sintflut-Politik“ machen. Immerhin bescheinigen uns internationale Finanzinstitutionen, dass das deutsche Konjunkturprogramm im Vergleich der Bemühungen anderer Industrienationen das wirksamste und effizienteste ist. Zugleich sind wir Sozialdemokraten die einzigen, die nicht mit dem vermeintlichen Wahlschlager Steuerensenkungen durch die Gegend laufen. Wir wollen die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und einen Zuschlag auf den Spitzensteuersatz. Damit organisieren wir staatliche Einnahmen, die wir in den nächsten Jahren dringend brauchen.

Sie sind sozusagen ein Quereinsteiger in die Parteipolitik – macht Ihr erster großer Wahlkampf Spaß?

Steinmeier: Wahlkampf ist tatsächlich etwas ganz besonderes. Unsere Veranstaltungen im Wahlkampf sind voller als vor vier Jahren. Die Stimmung ist ausgezeichnet, der Zuspruch ist groß. Es ist für mich eine Ehre und es macht Freude, Kanzlerkandidat meiner SPD zu sein.

Und welche Erkenntnisse haben Sie bislang aus ihm gewonnen?

Steinmeier: Der Ausgang der Bundestagswahl ist noch offen. Schwarz-Gelb ist nicht gewollt. Es zeigt sich, dass Wahlkampf sich lohnt, denn im Wahlkampf kann man Menschen überzeugen und immer noch sind ganz viele unentschlossen.



„ICH WILL DIE SPD so stark wie möglich machen“: Frank-Walter Steinmeier. Fotos: artis



IM GESPRÄCH: SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und BNN-Redaktionsleiter Klaus Gaßner.

Artikel drucken

Artikel / Fenster schliessen